



Zusammenfassung Bildungspolitisches Diskussionspapier

Themenfeld „Berufliche Bildung“



Bildungspolitisches Diskussionspapier

– Unsere Leitsätze zum Themenfeld „Berufliche Bildung“ –

- wesentliche Handlungsfelder
- Empfehlungen an die Politik
- Handlungsebene der IG BCE



Inhaltsverzeichnis

IG-BCE-Bildungsmatrix: Werte, Positionen, Empfehlungen	3
Unsere Bildungswerte	4
Themenfeld „Berufliche Bildung“	5
Gleiche Chancen in der Bildung	6
Entwicklung und Stärkung der Berufsfähigkeit	10
Offene Zugänge, Durchlässigkeit und erleichterte Übergänge	14
Stärkung der politischen Bildung	17
Förderung Lebensnahes und –langes Lernen	20
Förderung von Lernkompetenz	24
Partizipation und Mitbestimmung	27



IG-BCE-Bildungsmatrix: Werte, Positionen, Empfehlungen

Die IG BCE macht Politik für die Menschen. Ihr Ziel ist die Umsetzung grundlegender Werte wie Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Schutz vor Willkür, Solidarität, Demokratie und Menschenwürde. Bildung entscheidet wie kaum ein zweites Thema über die Verwirklichung dieser Ziele. Sie ist der Schlüssel zu Einkommen, sozialem Aufstieg, Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben und der Entwicklung des Selbstwertgefühls. Die IG BCE setzt sich für die Weiterentwicklung des deutschen Bildungssystems ein. Maßstab ist dabei die Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit durch Chancengleichheit.

Die Bildungsmatrix nennt die grundlegenden Bildungswerte der IG BCE und formuliert in sieben Leitsätzen, wie diese arbeitnehmerorientierten Sichtweisen umgesetzt werden können. Ferner informiert sie über wesentliche Handlungsfelder, die Empfehlungen der Gewerkschaft an die Politik und die Handlungsebenen der IG BCE.

Mit der Bildungsmatrix soll zum Nachdenken und zur Diskussion angeregt werden.

Die Bildungsmatrix

Bildungsmatrix					
BILDUNGSWERTE					
LEITSÄTZE	FRÜHKINDL. BILDUNG	SCHULE	BERUFLICHE BILDUNG	HOCHSCHULE	WEITERBILDUNG
GLEICHE CHANCEN IN DER BILDUNG	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ENTWICKLUNG UND STÄRKUNG DER BERUFSFÄHIGKEIT	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
OFFENE ZUGÄNGE, DURCHLÄSSIGKEIT UND ERLEICHTERTE ÜBERGÄNGE	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
STÄRKUNG DER POLITISCHEN BILDUNG	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
FÖRDERUNG LEBENSNAHEN UND LEBENSLANGEN LERNENS	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
FÖRDERUNG VON LERNKOMPETENZ	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
SICHERUNG DER PARTIZIPATION UND MITBESTIMMUNG	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



Unsere Bildungswerte

Bildung ist Menschenrecht

Grundlage für Freiheit und Gleichheit in einer demokratischen Gesellschaft sind aufgeklärte Menschen. Die Durchsetzung von Menschenrechten in demokratischen Verfassungen und in der sozialen Wirklichkeit verfolgt immer auch das Ziel einer Bildung für alle.

Bildung ist Grundlage für die Gleichstellung der Geschlechter

Die Gleichstellung der Geschlechter in Gesellschaft und Wirtschaft liegt im individuellen und gesellschaftlichen Interesse aller. Die gleichberechtigte Teilhabe an Bildung bezieht sich auf die Lernenden, die Beschäftigten und die Lehrenden sowie auf die Inhalte.

Bildung schafft Arbeit und Wohlstand

Eine Zukunft mit Arbeit und Wohlstand braucht Innovationen in Wissenschaft, Forschung und Technologie sowie hohe Qualität in Dienstleistung und Produktion. Darüber hinaus sind Veränderungsprozesse in der Arbeitswelt sozial zu gestalten und die Menschen am wirtschaftlichen Erfolg zu beteiligen. Um diese Zukunft zu gestalten, bedarf es Menschen mit Wissen und Qualifikation. Diese werden durch Bildung erworben und weiterentwickelt.

Bildung sichert gesellschaftliche Teilhabe und Demokratie

Soziale Demokratie ist das Modell Deutschland. Zu ihren tragenden Säulen zählen soziale Gerechtigkeit, Solidarität sowie Mitbestimmung in Gesellschaft und Wirtschaft - und starke Gewerkschaften. Eine soziale und demokratische Gesellschaft ist dann zukunftsfähig, wenn sich die Menschen mit den Leistungen und Werten dieser Gesellschaft identifizieren und entsprechend handeln: ihre Interessen vertreten, mitbestimmen und sich politisch beteiligen. Das bedeutet die Stärke, Gefährdungen der Demokratie konsequent abzuwehren. Bildung zur Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe und Demokratie ist politische Bildung.

Bildung ist dem Gemeinwohl verpflichtet

Staatliches und wirtschaftliches Handeln ist auch in Zeiten knapper öffentlicher Finanzen und globalen Wettbewerbs der sozialen Verantwortung verpflichtet. In einer solidarischen Gesellschaft sind faire Partnerschaft und Konsensorientierung handlungsleitend. Bildung in öffentlicher Verantwortung unterliegt der Gemeinwohlorientierung. Sie ist umfassend und steht in Abgrenzung zu einem allein an ökonomischen Kriterien orientierten Bildungsverständnis.

Bildung erfordert Anstrengung und Selbstverantwortung

Die wichtige Schutzfunktion des Sozialstaates im 21. Jahrhundert ist durch die Übernahme von mehr Verantwortung des Einzelnen für sein eigenes Handeln und für das Gemeinwohl zu ergänzen. Aufgabe von Bildung ist es, die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und sich für andere einzubringen, zu fördern und die dafür notwendigen Kompetenzen zu vermitteln.

Bildung fördert die ganzheitliche Persönlichkeit

Bildung als Zusammenwirken von Kenntnissen, Kultur und Kompetenzen trägt dazu bei, sich allseitig persönlich zu entwickeln und zu selbst bestimmtem Handeln fähig zu sein. Dieses ermöglicht es dem Menschen, seinen Platz in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt zu finden, aktiv auszufüllen und sich selbstständig weiterzuentwickeln.



Themenfeld „Berufliche Bildung“

Berufliche Bildung mit seinen vier Elementen Berufsausbildungsvorbereitung, Berufsausbildung, berufliche Fortbildung und berufliche Umschulung stellt den staatlich geordneten Teil der Qualifizierung und des Kompetenzerwerbs im betrieblichen Kontext dar. Berufliche Bildung hat zum Ziel, berufliche Handlungs- und Gestaltungskompetenz zu erlangen. Diese stellt die entscheidende Grundlage von qualitativ hochwertiger Beschäftigung und Einkommen dar.



Die duale Berufsausbildung ist im Rahmen des lebenslangen und lebensbegleitenden Lernens der erste systematisch strukturierte und geordnete Lernprozess, der sowohl in der betrieblichen Arbeit stattfindet als auch diese zum Inhalt hat.

Nachfolgend werden die Anmerkungen zum Themenfeld „Berufliche Bildung“ (siehe markierter Kasten) dokumentiert.

Bildungsmatrix					
BILDUNGSWERTE					
LEITSÄTZE	FRÜHKINDL. BILDUNG	SCHULE	BERUFLICHE BILDUNG	HOCHSCHULE	WEITERBILDUNG
GLEICHE CHANCEN IN DER BILDUNG	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ENTWICKLUNG UND STÄRKUNG DER BERUFSFÄHIGKEIT	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
OFFENE ZUGÄNGE, DURCHLÄSSIGKEIT UND ERLEICHTERTE ÜBERGÄNGE	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
STÄRKUNG DER POLITISCHEN BILDUNG	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
FÖRDERUNG LEBENSNAHEN UND LEBENSLANGEN LERNENS	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
FÖRDERUNG VON LERNKOMPETENZ	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
SICHERUNG DER PARTIZIPATION UND MITBESTIMMUNG	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



▶▶ Berufliche Bildung

Unser Leitsatz: Gleiche Chancen in der Bildung

Soziale Gerechtigkeit in der gesellschaftlichen Wirklichkeit hat ihre Wurzeln in einer Bildung, die von Vererbung der Ungleichheit befreit, also auf Chancengleichheit begründet ist.

Chancengleichheit in der Bildung muss für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen sichergestellt werden - unabhängig von sozialer Herkunft, Einkommen der Eltern, Alter, Geschlecht, Ethnie oder Region.

Berufliche Bildung:

Gleiche Chancen in der Bildung

Eine auf Chancengleichheit ausgerichtete berufliche Bildung sichert den Zugang aller Bewerberinnen und Bewerber zu einer betrieblichen Erstausbildung. Sie ermöglicht einen erfolgreichen Abschluss für alle Auszubildenden - auch angesichts bestehender Ungleichheiten aus frühkindlicher oder schulischer Bildung.

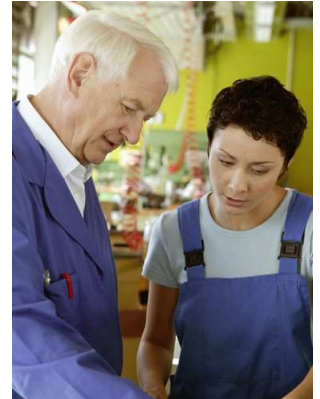
Durch die Entwicklung systematischer, breit angelegter Kenntnisse innerhalb eines Berufsfeldes werden die Grundlagen für gleiche Chancen in der weiteren beruflichen Entwicklung gelegt. Berufliche Umschulung sichert die Chancen auf die erfolgreiche Gestaltung notwendiger Berufsfeldwechsel.

Bildungsmatrix					
BILDUNGSWERTE	FRÜHKINDL. BILDUNG	SCHULE	BERUFLICHE BILDUNG	HOCHSCHULE	WEITERBILDUNG
LEITSÄTZE					
GLEICHE CHANCEN IN DER BILDUNG	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ENTWICKLUNG UND STÄRKUNG DER BERUFSFÄHIGKEIT	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
OFFENE ZUGÄNGE, DURCHLÄSSIGKEIT UND ERLEICHTERTE ÜBERGÄNGE	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
STÄRKUNG DER POLITISCHEN BILDUNG	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
FÖRDERUNG LEBENSNAHEN UND LEBENSLANGEN LERNENS	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
FÖRDERUNG VON LERNKOMPETENZ	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
SICHERUNG DER PARTIZIPATION UND MITBESTIMMUNG	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Wesentliche Handlungsfelder

Ausreichendes Ausbildungsplatzangebot gewährleisten

Ein auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot ist die Grundlage für gleiche Chancen der Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz. Alle Jugendlichen, die eine Berufsausbildung im dualen Ausbildungssystem absolvieren möchten, müssen hierzu Gelegenheit erhalten. Durch die Strukturkrise auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt steigt die Zahl der „marktbenachteiligten“ Jugendlichen und somit der Handlungsdruck deutlich.



Benachteiligte Jugendliche fördern

Insbesondere die auf dem „Ausbildungsmarkt“ besonders benachteiligten Jugendlichen bedürfen besonderer Unterstützung. Zu diesem Kreis gehören häufig junge Menschen ohne oder mit einem schlechten Schulabschluss oder mit Migrationshintergrund. Benachteiligte junge Menschen benötigen zur Erlangung von Chancengleichheit mehr Förderung statt kürzere Ausbildungszeiten. Berufsausbildungsvorbereitung sowie begleitende Maßnahmen während der Ausbildung helfen bestehende Benachteiligungen auszugleichen.

Berufliche Qualifizierung breit anlegen

Die Berufsausbildung muss eine umfassende Basis für das gewählte Berufsfeld legen. Nur von einer soliden Grundlage aus können erforderliche Entwicklungen und Veränderungen erfolgreich gestaltet werden.

Berufliche Umschulung als Antwort auf Umbrüche von Biografie, Markt oder Technologie

Technologische Entwicklungen oder tief greifende Veränderungen auf den Produktmärkten können Berufsfelder so stark verändern, dass ein Wechsel des Berufs notwendig wird. Ebenso können Veränderungen im persönlichen Bereich (z. B. gesundheitliche Unverträglichkeiten) einen Berufswechsel erforderlich machen.

Berufliche Umschulung ermöglicht den systematischen Umstieg in ein neues Berufsfeld und hilft mit, durch Umbrüche verursachte berufliche Krisen zu meistern und Chancen zu erhalten.



Empfehlungen an die Politik

Auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot

Die Bereitstellung eines auswahlfähigen Ausbildungsplatzangebotes ist grundlegende Aufgabe und Verantwortung der deutschen Wirtschaft, der Unternehmen, Betriebe und Verwaltungen. Kommen diese ihrer Verantwortung und Verpflichtung nicht nach, müssen staatliche Maßnahmen zum Abbau dieser Defizite und zur Schaffung von Chancengleichheit ausgebaut werden.

Dazu gehört der Dialog mit einzelnen Arbeitgebern sowie ihren Verbänden über ihre bildungspolitische Verantwortung.

Fachliche Unterstützung

Mit fachlicher Unterstützung in Fragen der Ausbildung oder der Schaffung von weiteren Ausbildungsverbänden sollten insbesondere Klein- und Mittelbetriebe als Ausbilder gewonnen werden. Steuerliche Anreizsysteme könnten eine positive Steuerungswirkung entfalten.

Förderung benachteiligter Jugendlicher

Zur Förderung benachteiligter Jugendlicher sollten Maßnahmen der Berufsausbildungsvorbereitung und ausbildungsbegleitende Hilfen finanziert werden. Erfolgreiche Projekte sollten dokumentiert und aktiv verbreitet werden. Erforderliche Mittel könnten aus dem Bereich der vollzeitschulischen Ausbildungsgänge und anderer Warteschleifen umgeschichtet werden.

Breit angelegte berufliche Qualifizierung

Ausbildungsordnungen sollten eine breit angelegte berufliche Qualifizierung ermöglichen. Ausbildungsgänge für Bewerberinnen und Bewerber mit geringen Einstiegsqualifikationen sollten nicht verkürzt, sondern durch vorbereitende und fördernde Maßnahmen ergänzt werden. Lediglich tätigkeitsbezogene Qualifizierungen sind abzulehnen.

Berufliche Umschulungen aktiv fördern

Zur Gestaltung von tief greifenden Umbrüchen in den Erwerbsbiografien und zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit sollte die Agentur für Arbeit wieder verstärkt berufliche Umschulungen aktiv fördern.



Handlungsebene der IG BCE

Die IG BCE hat bereits Tarifverträge zur Steigerung der Ausbildungsplatzzahlen (z. B. „Zukunft durch Ausbildung“ im Bereich der chemischen Industrie) abgeschlossen und somit Verantwortung übernommen. Teilweise haben die Auszubildenden dafür auf eine Erhöhung ihrer Ausbildungsvergütungen verzichtet.

Betriebsräte, JAVen und Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten nehmen Einfluss auf die Einrichtung, den Erhalt und den Ausbau von Ausbildungskapazitäten (mitbestimmte Betriebe bilden mehr und besser aus!). Nicht zuletzt bildet die IG BCE eigene Auszubildende aus.

Zur Verbesserung der Chancen auf Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche ist Berufsausbildungsvorbereitung ein wichtiges Instrument, das die IG BCE ebenfalls im Rahmen eines Tarifvertrages aufgegriffen hat („Start in den Beruf“). Die Absolventinnen und Absolventen dieser Maßnahmen werden bis zu 90 % in ein Ausbildungsverhältnis vermittelt. Solche oder ähnliche Maßnahmen gilt es auszuweiten.

Betriebsräte und JAVen nutzen ihre Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten bei der Einstellung von Auszubildenden. Eine rein auf Eingangsvoraussetzungen optimierte Auswahl lehnen sie ab. Stattdessen berücksichtigen sie Faktoren wie Benachteiligung, Geschlecht oder Ethnie.

Die IG BCE setzt sich im Rahmen der Überarbeitung oder Neuentwicklung von Ausbildungsordnungen für breit angelegte Ausbildungsberufe ein. In Betrieben, in denen verkürzte Ausbildungsgänge trotzdem angewandt werden, setzen sich IG BCE, Betriebsräte und JAVen für entsprechende Anschlussqualifizierungen ein.

Betriebsräte wirken auf die notwendigen Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für die eigene Belegschaft hin. Darüber hinaus setzen sie sich für betriebliche Umschulungsplätze für Maßnahmen der Agentur für Arbeit ein.

Leitsatz: Entwicklung und Stärkung der Berufsfähigkeit

Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, notwendige Kompetenzen für die aktive Gestaltung ihrer Ausbildung, ihrer beruflichen Tätigkeit und ihres Berufsweges zu erwerben und weiterzuentwickeln.






Die Sicherung der Berufsfähigkeit ist Voraussetzung für die erfolgreiche Bewältigung von Veränderungsprozessen und neuen Anforderungen in der Arbeits- und Lebensbiografie. Dabei ist der regionale, nationale und europäische Bezug zu berücksichtigen.

Berufsfähigkeit ist somit mehr als Beschäftigungsfähigkeit.

Berufliche Bildung:

Entwicklung und Stärkung der Berufsfähigkeit

Stärkung der Berufsfähigkeit ist eine wichtige Aufgabe in allen Bildungsbereichen. Für die berufliche Bildung trifft dies in besonderer Weise zu, da ihr Kernauftrag die Vermittlung der Berufsfähigkeit ist. Berufsfähigkeit ist Grundvoraussetzung für Erhalt und Fortbestand einer qualitativen Beschäftigung und Teilhabe an Erwerbstätigkeit, Einkommen und Sinnstiftung. Die Berufsausbildung vermittelt in einem geordneten Ausbildungsgang die notwendigen Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten für die Ausübung einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit in einer sich wandelnden Arbeitswelt. Durch handlungsorientiertes Lernen werden die Auszubildenden zur Ausübung eines Berufes befähigt. Darüber hinaus ermöglicht die berufliche Bildung im Betrieb den Erwerb erster Berufserfahrung.

Bildungsmatrix					
BILDUNGSWERTE	FRÜHKINDL. BILDUNG	SCHULE	BERUFLICHE BILDUNG	HOCHSCHULE	WEITERBILDUNG
LEITSÄTZE					
GLEICHE CHANCEN IN DER BILDUNG	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ENTWICKLUNG UND STÄRKUNG DER BERUFSFÄHIGKEIT	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
OFFENE ZUGÄNGE, DURCHLÄSSIGKEIT UND ERLEICHTERTE ÜBERGÄNGE	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
STÄRKUNG DER POLITISCHEN BILDUNG	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
FÖRDERUNG LEBENSNAHEN UND LEBENSLANGEN LERNENS	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
FÖRDERUNG VON LERNKOMPETENZ	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
SICHERUNG DER PARTIZIPATION UND MITBESTIMMUNG	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



Wesentliche Handlungsfelder

Im dualen Ausbildungssystem Berufsfähigkeit entwickeln

Im dualen System wird die Berufsfähigkeit durch ein abgestimmtes, didaktisches Konzept der Lernorte Betrieb und Berufsschule erreicht. Die notwendige theoretische Durchdringung wird durch die Berufsschule sichergestellt. Der Anschluss an neue technologische Entwicklungen sowie Kenntnisse über Fragen der Arbeitsorganisation werden durch den Betrieb gewährleistet. Lebensnahes Lernen und die Ausbildung von Lernkompetenzen können so optimal gefördert werden.

Breit angelegte Berufsausbildung sichert Berufsfähigkeit

Eine zukunftsfähige berufliche Erstausbildung darf sich nicht auf die Vermittlung einzelner Tätigkeitsfelder und dazugehöriger Kenntnisse beschränken. Vielmehr bedarf es einer systematisch und umfassend vermittelten berufsfeldbreiten grund- und berufsspezifischen Fachbildung. Sie bilden die Basis für die Einordnung von beruflichem Erfahrungswissen oder Kenntnissen der Weiterbildung. Verkürzte Ausbildungen, zumal wenn sie sich an Jugendliche mit geringen Eingangsqualifikationen wenden, erfüllen diesen Zweck nicht.

Qualität der dualen Ausbildung erhalten und ausbauen

Die duale Berufsausbildung erfordert ein koordiniertes Vorgehen von Unternehmen, staatlichen Einrichtungen und Verbänden. Trotz des damit verbundenen hohen Aufwands kann das deutsche System beispielgebend sein. Voraussetzung ist eine konsequente Qualitätsorientierung. Dazu gehören u. a. die zeitnahe Anpassung bestehender Ausbildungsordnungen an aktuelle Entwicklungen, die Integration neuer Berufsbilder in das duale System, die weitere Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Lernorten Betrieb und Berufsschule sowie die hohe Qualifikation der haupt- und ehrenamtlichen Ausbilderinnen und Ausbilder.

Übergänge zwischen beruflicher und Hochschulbildung

Zum dauerhaften Erhalt und zur Weiterentwicklung der Berufsfähigkeit ist der Zugang von Absolventen der beruflichen Bildung zu den Hochschulen weiter zu öffnen.

Die Übergänge von beruflicher Bildung zur Hochschulbildung werden auf vielen Berufsfeldern immer fließender. Diese Entwicklung muss in den Institutionen nachvollzogen werden.



Empfehlungen an die Politik

Duales Ausbildungssystem mit Vorrang versehen

In einer gut gestalteten betrieblichen Ausbildung wird die Berufsfähigkeit stärker ausgeprägt als in rein schulischen Ausbildungsgängen. Deswegen ist der politische und praktische Einsatz für ein ausreichendes betriebliches Ausbildungsplatzangebot so wichtig. Schulische Ersatzmaßnahmen dürfen nur zur Deckung akuter Versorgungslücken aufgelegt werden. Die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen sowie die Agentur für Arbeit sollen sich verstärkt für eine Schaffung von Ausbildungsplätzen einsetzen. Dabei fordern sie einerseits die Unternehmen auf, ihrer Verantwortung auf diesem Feld gerecht zu werden – andererseits bauen sie unterstützende Maßnahmen aus.

Berufsfähigkeit statt Schmalspurausbildung

Die derzeitigen Probleme auf dem Ausbildungsmarkt - gerade für Jugendliche mit schlechteren Einstiegsvoraussetzungen - dürfen nicht mit verkürzten Ausbildungsgängen beantwortet werden. In einer sich immer schneller wandelnden Arbeitswelt sind breite Kenntnisse über ein Berufsfeld sowie Lernkompetenzen wesentliche Voraussetzungen, um sich auf Veränderungen einstellen zu können.

Gemeinsam mit den Sozialpartnern sind die beteiligten Ministerien daher aufgefordert, Ausbildungsordnungen so anzulegen, dass bereits während der betrieblichen Erstausbildung ein hohes Maß an Berufsfähigkeit erlangt wird.

Konsequent auf Qualität setzen

Die qualitativen Probleme auf dem Ausbildungsstellenmarkt dürfen nicht dazu führen, dass politisches Handeln Schwächung und Erosion bewirkt. Berufsfähigkeit, wie sie momentan noch im internationalen Vergleich auf sehr hohem Niveau bereits mit Abschluss der Berufsausbildung erlangt wird, ist nur durch eine hohe Qualität in der Ausbildung erreichbar. Hier fällt neben dem Betrieb den Berufsschulen eine wichtige Rolle zu. Es ist Aufgabe der Politik, die Einrichtung und Ausstattung der Schulen auf ein ebenso hohes Niveau zu bringen wie die Qualifikation der Lehrerinnen und Lehrer.

Mindeststandards für haupt- und nebenberufliche Ausbilderinnen und Ausbilder, z. B. im Rahmen einer Ausbildereignungsverordnung, sind ebenso zu sichern.

Berufliche Bildung und Hochschulbildung zusammen denken

Die Übergänge von beruflicher Bildung zur Hochschulbildung werden auf vielen Berufsfeldern immer fließender. Diese Entwicklung muss in der Berufsbildungs- und Hochschulpolitik nachvollzogen werden. Nur durch eine engere Verzahnung, sowie erleichterte Zu- und Übergänge zwischen den Bildungswegen, kann die dynamische Entwicklung der Berufsfelder nachvollzogen werden.



Handlungsebene der IG BCE

Die Berufsfähigkeit kann am besten durch ein didaktisch ausgewogenes Zusammenspiel der Lernorte erreicht werden. Dabei fällt dem Lernort Betrieb eine wichtige Rolle zu. Praxisnahe Ausbildung im Arbeitsprozess im Wechsel mit Vorbereitung und Reflexion in zentralen Ausbildungsstätten und Berufsschule muss sorgfältig abgestimmt werden. Wir qualifizieren Ausbilder, Betriebsräte und JAVen, dieser Herausforderung gewachsen zu sein.

Die IG BCE ist an der Modernisierung der Berufsbilder beteiligt. Durch fachlich kundige Sachverständige und schnelle Neuordnungsverfahren trägt sie zur regelmäßigen Anpassung der Berufe bei. Dabei wenden wir uns weiterhin gegen zweijährige Schmalspurberufe, Stufenausbildungsgänge und vollzeitschulische Ausbildungsgänge, die keine umfassende Berufsfähigkeit gewährleisten. Wir wollen in den Berufen, in denen es sinnvoll oder notwendig ist, die dreieinhalbjährige Ausbildungsdauer aufrecht erhalten und uns nicht wegen dogmatisch motivierter Argumente auf drei Jahre Ausbildungsdauer beschränken.

Wir setzen uns dafür ein, dass Beschäftigte ohne abgeschlossene Berufsausbildung die Möglichkeit zum Nachholen eines beruflichen Abschlusses erhalten. Absolventinnen und Absolventen von verkürzten Ausbildungsgängen sollen die Gelegenheit zur Aufstockung erhalten.

Die Betriebsräte, JAVen und die IG BCE setzen sich für eine qualitativ hochwertige berufliche Bildung ein. Neben konkreten Aktivitäten, z. B. im Bereich der Abstimmung zwischen den Lernorten Schule und Betrieb, werden breit angelegte Qualitätskampagnen (z. B. „Ausbildung checken und verbessern“ der IG BCE– Jugend) durchgeführt.



►► Berufliche Bildung

Leitsatz: Offene Zugänge, mehr Durchlässigkeit und erleichterte Übergänge

Der Zugang zu Bildung bildet die Grundvoraussetzung für die Menschen, ihre Begabungen und Interessen zu entfalten. Das erfordert eine verstärkte Vorbereitung und Begleitung. Dies gilt beim Übergang zwischen Familie und Bildungseinrichtungen, zwischen den Bildungseinrichtungen und beim Übergang in den Beruf.

Dafür sind die Übergänge in lebensnaher Weise zu erleichtern. Frühzeitig angelegte Übergangskompetenzen fördern die Berufsfähigkeit und die Bereitschaft, notwendige Veränderungen zu bewältigen und in einem durchlässigen Bildungssystem lebenslang weiterzulernen.

Berufliche Bildung:

Offene Zugänge, Durchlässigkeit und erleichterte Übergänge

Das System der beruflichen Bildung muss allen offen stehen, vielfältige Möglichkeiten des Zugangs schaffen und zu einem anerkannten Abschluss führen. Dies gilt insbesondere für Schulabgängerinnen und Schulabgänger, an- und ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger. Sie greift bisher gemachte Lern- bzw. Erwerbserfahrungen der Menschen auf und bildet die Grundlage für die weitere berufliche Entwicklung.

Bildungsmatrix					
BILDUNGSWERTE	FRÜHKINDL. BILDUNG	SCHULE	BERUFLICHE BILDUNG	HOCHSCHULE	WEITERBILDUNG
LEITSÄTZE	FRÜHKINDL. BILDUNG	SCHULE	BERUFLICHE BILDUNG	HOCHSCHULE	WEITERBILDUNG
GLEICHE CHANCEN IN DER BILDUNG	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ENTWICKLUNG UND STÄRKUNG DER BERUFSFÄHIGKEIT	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
OFFENE ZUGÄNGE, DURCHLÄSSIGKEIT UND ERLEICHTERTE ÜBERGÄNGE	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
STÄRKUNG DER POLITISCHEN BILDUNG	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
FÖRDERUNG LEBENSNAHEN UND LEBENSLANGEN LERNENS	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
FÖRDERUNG VON LERNKOMPETENZ	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
SICHERUNG DER PARTIZIPATION UND MITBESTIMMUNG	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



Wesentliche Handlungsfelder

Auswahlfähiges Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen

Ein offener Zugang zu einem betrieblichen Ausbildungsplatz ist nur durch ein auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot möglich. Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen müssen ihrer Verpflichtung nachkommen, ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, damit jeder Jugendliche, der eine Berufsausbildung im dualen Ausbildungssystem absolvieren möchte, hierzu eine Gelegenheit erhält.

Schwächen ausgleichen

Junge Menschen ohne oder mit einem schlechten Schulabschluss, haben heute nur unzureichende Chancen, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Für diesen Personenkreis müssen ausreichend Angebote zur Berufsausbildungsvorbereitung existieren, um dennoch den Übergang von der Schule zur Ausbildung zu ermöglichen.

Übergänge zur beruflichen Ausbildung organisieren

Dem Übergang von der Schule zur Berufsausbildung muss eine qualitativ hochwertige und umfangreiche Berufsorientierungsphase vorausgehen, die zwei Jahre vor dem Schulabschluss beginnen sollte. Praxis- und projektorientierte Austauschprogramme bieten darüber hinaus die Gelegenheit für Betriebe, potenzielle Bewerberinnen und Bewerber kennen zu lernen. Gleichzeitig können Jugendliche ihren Neigungen entsprechende Ausbildungsinhalte bzw. -berufe erproben. Dadurch kann auch die Zahl der Ausbildungsabbrüche verringert werden.

Finanzielle Förderung der Fortbildung

Aus- und Weiterbildung müssen enger miteinander verknüpft werden. Der formelle Zugang zur Fortbildung ist nach Abschluss der Berufsausbildung und entsprechender Berufserfahrung zwar gegeben, dennoch bestehen finanzielle Hürden durch zum Teil sehr hohe Kosten für Weiterbildungskurse. Entsprechende finanzielle Fördermöglichkeiten müssen ausgeweitet und für Interessierte zugänglicher gemacht werden.

Offene Zugänge zur Hochschule

Die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Ausbildung und Hochschule ist zu verbessern. Der erfolgreiche Abschluss einer dualen Berufsausbildung, mit ihren hohen Anforderungen an Koordination, fachlichem Wissen, Planungs- und Handlungskompetenz, muss Zugangsvoraussetzungen für ein Studium eröffnen.



Empfehlungen an die Politik

Aktive Arbeitsmarkt- und Konjunkturpolitik

Eine Übernahme in eine Beschäftigung nach abgeschlossener Berufsausbildung muss durch eine aktive Arbeitsmarkt- und Konjunkturpolitik wieder für jeden Absolventen gewährleistet werden.

Förderung und Stärkung der Berufswahlorientierung

Die Förderung und Stärkung der Berufswahlorientierung muss von der Dauer und der Qualität her verbessert werden. Es bedarf hierzu einer intensiveren Zusammenarbeit aller Akteure. Initiativen hierzu sind anzuregen, zu verfolgen und konsequent umzusetzen.

Zulassung zur Hochschule nach abgeschlossener Berufsausbildung

Die Zulassung zur Hochschule nach abgeschlossener Berufsausbildung sollte länderübergreifend abgestimmt und einheitlich geregelt werden. Die Bundesländer werden aufgefordert, berufliche Qualifikationen in Studiengängen, soweit diese vergleichbar sind, anzurechnen.

Mehr Möglichkeiten für Doppelqualifikationen

Darüber hinaus müssen zukünftig mehr Möglichkeiten für Doppelqualifikationen, d. h. den Erwerb des Abiturs und einer Berufsausbildung, geschaffen werden. Berufliche Fortbildungsabschlüsse müssen auf Bachelor-Niveau anerkannt werden.

Handlungsebene der IG BCE

Die IG BCE fördert den Zugang zur Berufsausbildung durch ihre aktive Tarifpolitik. Durch den Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung“ wurde eine Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes erreicht. Solche und ähnliche Tarifverträge gilt es, auch in anderen Tarifgebieten abzuschließen.

Durch den Tarifvertrag „Start in den Beruf“ fördert die IG BCE Maßnahmen zur Berufsausbildungsvorbereitung, deren Absolventen zu einem sehr hohen Teil in eine anschließende Berufsausbildung vermittelt werden können.

Arbeitnehmersvertreter in den Aufsichtsräten und Betriebsräte tragen maßgeblich dazu bei, dass Ausbildungsbetriebe ihr Ausbildungsengagement nicht weiter zurück fahren und auch vereinzelt über den betrieblichen Bedarf hinaus ausgebildet wird.



▶▶▶ Berufliche Bildung

Leitsatz: Stärkung der politischen Bildung

Für eine stabile demokratische Gesellschaft besitzt der emanzipatorische Charakter der politischen Bildung herausragende Bedeutung.

Politische Bildung war und ist eine wichtige Voraussetzung für die Analyse und die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse und die Teilhabe der Einzelnen am demokratischen System.

Aufgabe von Bildung ist immer auch die Vermittlung und fortwährende Stärkung einer umfassenden politischen Urteilsfähigkeit für breite Bevölkerungsschichten - als Bedingung für eine stabile und wehrhafte Demokratie.

Berufliche Bildung:

Stärkung der politischen Bildung

Berufliche Bildung ist die Basis für den Beruf und trägt zur Entfaltung der Persönlichkeit bei. Erfolgreiche berufliche Bildung schafft Perspektiven für die Arbeit und das Leben. Sie stärkt dadurch das Vertrauen in das demokratische Gemeinwesen. In dieser Wirkung ist erfolgreiche berufliche Bildung auch politische Bildung.

Darüber hinaus hat berufliche Bildung die Aufgabe, mit angemessenen Inhalten und Methoden im Ausbildungs- und Arbeitsprozess politische Grundkenntnisse und demokratische Werte zu vermitteln.

Bildungsmatrix					
BILDUNGSWERTE	FRÜHKINDL. BILDUNG	SCHULE	BERUFLICHE BILDUNG	HOCHSCHULE	WEITERBILDUNG
LEITSÄTZE					
GLEICHE CHANCEN IN DER BILDUNG	●	●	●	●	●
ENTWICKLUNG UND STÄRKUNG DER BERUFSFÄHIGKEIT	●	●	●	●	●
OFFENE ZUGÄNGE, DURCHLÄSSIGKEIT UND ERLEICHTERTE ÜBERGÄNGE	●	●	●	●	●
STÄRKUNG DER POLITISCHEN BILDUNG	●	●	●	●	●
FÖRDERUNG LEBENSNAHEN UND LEBENSLANGEN LERNENS	●	●	●	●	●
FÖRDERUNG VON LERNKOMPETENZ	●	●	●	●	●
SICHERUNG DER PARTIZIPATION UND MITBESTIMMUNG	●	●	●	●	●



Wesentliche Handlungsfelder

Berufliche Bildung findet nicht im politikfreien Raum statt

Berufsausbildung im dualen System mit den beiden Lernorten Schule und Ausbildungsbetrieb prägt den jungen Menschen auch politisch. Soziale Arbeitsbeziehungen, Konflikte, Notwendigkeit zum gemeinsamen Planen, Organisieren und Abstimmen von Arbeitsprozessen beeinflussen hierbei ebenso wie die Erfahrung von Mitbestimmung, Tarifpolitik, und Meinungs austausch über politische Themen mit Ausbildern und Arbeitskollegen.

Erleben und Mitgestalten demokratischer Strukturen

Das Erleben und Mitgestalten demokratischer Strukturen fördert die politische Bildung junger Menschen. Die Betriebsverfassung ermöglicht das Wählen einer Jugend- und Auszubildendenvertretung und eines Betriebsrates und sichert umfangreiche Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte zu.

Empfehlungen an die Politik

Bildungsurlaub für alle Auszubildenden

In einigen Bildungsurlaubsgesetzen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Bundesländern (z. B. in NRW) sind Auszubildende von der Teilhabe an Bildungsmaßnahmen für politische Bildung ausgeschlossen. Wir fordern entsprechende Änderungen der jeweiligen Gesetze.

Wahl einer besonderen Interessenvertretung

Besondere Interessenvertretungen (vergleichbar einer Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)) müssen auch in außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen, für Auszubildende, die nicht wahlberechtigt bei JAV- bzw. Betriebsratswahlen sind, ermöglicht werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, hier eine Rechtsverordnung nach § 52 BBiG zur Ermöglichung der Wahl einer besonderen Interessenvertretung in außerbetrieblichen Berufsbildungseinrichtungen zu erlassen.



Handlungsebene der IG BCE

Die IG BCE führt im Rahmen ihrer eigenen Bildungsprogramme zahlreiche Veranstaltungen und Projekte der politischen Bildung für Auszubildende, besonders für Mitglieder der JAV, durch.

Die IG BCE ist bei der Neuordnung von Aus- und Fortbildungsberufen beteiligt. Neben fachlichen Qualifikationen, die für das Erreichen der beruflichen Handlungskompetenz notwendig sind, steht die IG BCE auch für die Vermittlung von sozialen Kompetenzen. Sie wird dieses Ziel bei der Gestaltung von Rechtsverordnungen weiterhin beachten. Dadurch wird auch die politische Bildung von jungen Menschen gestärkt.

Gewerkschaftliche Ausbilder-Arbeitskreise sind wichtige Einrichtungen, die gestärkt werden sollen. Gewerkschaftliche Ausbilder können maßgeblich auf die Stärkung von emanzipatorisch, politisch und demokratisch orientierten Ausbildungskonzepten Einfluss nehmen.

Die IG BCE wird weiter tarifvertragliche Möglichkeiten zur Sicherung der Wahl- und Arbeitsmöglichkeiten der JAV nutzen.

In Rahmen der Initiative „Ausbildung checken und verbessern“ wird die IG BCE- Jugend Einfluss auf Prozesse der politischen Bildung nehmen.



▶▶▶ Berufliche Bildung

Leitsatz: Förderung lebensnahes und lebenslangen Lernens

Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe und findet auch außerhalb des institutionellen Bildungssystems - beispielsweise im Betrieb - statt. Dafür sind ein Bildungsangebot und eine Lernkultur zu entwickeln, die das Lernen im gesamten Lebenslauf und an verschiedenen Lern- und Lebensorten fördert und daran anknüpft.

Erforderlich sind die stärkere Verzahnung verschiedener Bildungseinrichtungen und Praxisfelder, die Kooperation verschiedener Bildungsträger sowie die Öffnung zu den konkreten Arbeits- und Lebenssituationen.

Berufliche Bildung:

Förderung Lebensnahes und –langes Lernen

Berufliche Bildung muss zum eigenständigen, selbstorganisierten Lernen befähigen und eine positive Grundeinstellung zum lebensnahen und lebenslangen Lernen schaffen. Die Kompetenz des selbstorganisierten Lernens muss an ihren Lernorten, insbesondere im Betrieb und Schule, vermittelt und weiterentwickelt werden. Sie ist die Grundlage für eine Erfolg versprechende weitere berufliche Qualifizierung im Prozess des lebenslangen Lernens.

Bildungsmatrix						
BILDUNGSWERTE						
LEITSÄTZE	FRÜHKINDL. BILDUNG	SCHULE	BERUFLICHE BILDUNG	HOCHSCHULE	WEITERBILDUNG	
GLEICHE CHANCEN IN DER BILDUNG	○	○	○	○	○	
ENTWICKLUNG UND STÄRKUNG DER BERUFLICHE FÄHIGKEIT	○	○	○	○	○	
OFFENE ZUGÄNGE, DURCHLÄSSIGKEIT UND ERLEICHTERTE ÜBERGÄNGE	○	○	○	○	○	
STÄRKUNG DER POLITISCHEN BILDUNG	○	○	○	○	○	
FÖRDERUNG LEBENSNAHEN UND LEBENSLANGEN LERNENS	○	○	●	○	○	
FÖRDERUNG VON LERNKOMPETENZ	○	○	○	○	○	
SICHERUNG DER PARTIZIPATION UND MITBESTIMMUNG	○	○	○	○	○	



Wesentliche Handlungsfelder

Lebenslanges Lernen verwirklichen

Die Verwirklichung von zukunftsweisenden Formen lebenslangen Lernens bedarf verstärkter Anstrengungen. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit zum Lebenslangen Lernen entwickelt sich in vielen Köpfen und Unternehmen erst langsam. Bildungspolitik und Unternehmen müssen „Lernen in allen Lebensphasen“ zu einem Kernthema ihres Handelns entwickeln.

Lernen im Prozess der Arbeit

Lernen im Prozess der Arbeit muss gefördert, strukturiert und organisiert sowie die Lernergebnisse dokumentiert und bescheinigt werden. Darüber hinaus ist es erforderlich, dass die Arbeitsplätze lernförderlich gestaltet werden, was gemeinsam mit Betriebsräten, Personalverantwortlichen und den Sozialpartnern vorangebracht werden muss.

Fort- und Aufstiegsqualifizierung ausbauen

Die Aufstiegsfortbildung qualifiziert Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Übernahme betrieblicher Führungs- bzw. Spezialaufgaben. Die Finanzierung von Fortbildungslehrgängen stellt für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine fast unüberwindbare Hürde dar. Aus diesem Grund ist die Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz weiterhin notwendig.

Lernmotivation und Lernumgebung sind Grundlage erfolgreichen Lernens

Die berufliche Bildung muss erfolgreiches Lernen von jungen Menschen weiterentwickeln. Zentral dafür ist es, eine nachhaltige Lernmotivation aufzubauen sowie eine anregende, differenzierte Lernumgebung zu schaffen. Lernortkooperationen zwischen Berufsschule und Betrieb, die Durchführung von Projektwochen und Lehrpersonalpraktika in den Betrieben sind verstärkt zu nutzen. Die Jugendlichen müssen durch Kompetenzerwerb in die Lage versetzt werden, zukünftigen Qualifikationserwartungen und Wechsel von Tätigkeitsanforderungen erfolgreich zu begegnen. Das dafür nötige fördernde Sozialklima an allen Lernorten schließt ein positives pädagogisches Verhältnis von Lehrenden und Lernenden mit ein.



Empfehlungen an die Politik

Kooperation ermöglichen und Kompetenzzentren ausbauen

Lebenslanges und –nahes Lernen benötigt Kooperationen in den Regionen. Netzwerke wie „lernende Regionen“ bieten hierfür Gelegenheit, lebensnah und den regionalspezifischen Gegebenheiten adäquat umzusetzen. In diesem Kontext sind berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren auszubauen, die - über ihren eigentlichen Auftrag hinaus - Weiterbildung in Kooperation mit lokalen Akteuren anbieten. Somit können Ressourcen und Kapazitäten optimal genutzt werden. Dies ist durch entsprechende, passgenaue Beratungsangebote vor Ort zu unterstützen.

Finanzierbare Fortbildungslehrgänge für alle

Berufliche Fortbildung muss nachhaltig angelegt sein, da sich Tätigkeitsprofile im Laufe der Zeit verändern und die Anforderung an die Qualifikation wachsen. Hierbei stellt die Finanzierung von Fortbildungslehrgängen für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine fast unüberwindbare Hürde dar. Aus diesem Grund ist die Beibehaltung und der Ausbau der Förderung von beruflichen Aufstiegsfortbildungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, dem so genannten Meister BAföG, weiterhin notwendig. Damit der erfolgreiche Weg weitergegangen werden kann, ist eine Erhöhung des Kinderbetreuungszuschusses und des Zuschusses zum Maßnahmebeitrag vorzunehmen, um auch einkommensschwachen Familien entsprechende Chancen auf Teilnahme an Lehrgängen zur beruflichen Fortbildung einzuräumen.

Initiativen unterstützen

Es sollten verstärkt Initiativen unterstützt werden, die unterschiedliche Freistellungsarten und –räume (Bildungsurlaub für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Sabbatjahr, etc.) aufzeigen.



Handlungsebene der IG BCE

Die IG BCE wird sich weiterhin an der Modernisierung von Fortbildungsberufen beteiligen. Dadurch trägt sie mit zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und zur Stabilisierung des Wirtschaftsstandortes Deutschland bei. Wir treten dafür ein, dass unnötig verschärfte Bestehensregelungen in den Prüfungsanforderungen keine Anwendung finden werden.

Die Vertrauensleute und Betriebsräte der IG BCE werden die lernförderliche Gestaltung der Arbeitsplätze und den Anspruch der Arbeitnehmer auf Dokumentation der im Prozess der Arbeit erworbenen Kompetenzen weiter verfolgen. Hierbei stellen wir vertiefende Überlegungen an, wie ein persönliches Portfolio entwickelt und genutzt werden kann, lebenslanges und –nahes Lernen transparent und nachvollziehbar zu gestalten.

Mit den „Lernenden Regionen“ und den „Regionen des Lernens“ wurden wichtige Erfahrungen gesammelt für die Verzahnung verschiedener Bildungseinrichtungen und weiterer regionaler Akteure. Die IG BCE wird sich an regionalen Bildungskonferenzen – als ein zentrales Instrument für den Austausch und die Steuerung regionaler Entwicklung – beteiligen und sie ggf. initiieren.

Wir werden Lernortkooperationen anregen und unterstützen und somit eine Kombination von arbeitsintegriertem und extrafunktionalem Lernen unterstreichen.

Wir setzen uns dafür ein, dass für jeden Beruf auch entsprechende Möglichkeiten zur Fortbildung entwickelt und modernisiert werden. Mit unseren Sachverständigen, Ausbildern und Betriebsräten entwickeln wir moderne Prüfungsanforderungen und gestalten die Rahmenpläne für die Lehrgangsanbieter.

Die IG BCE unterstützt diese Zielsetzung durch ihre Tarif- und Betriebspolitik. Zusätzlich entwickelt sie Angebote der Qualifizierungsberatung für ihre Mitglieder.



►► Berufliche Bildung

Leitsatz: Förderung von Lernkompetenz

Fachliche, methodische, persönliche und soziale Kompetenzen sind unverzichtbare Grundlagen und müssen durch Lernkompetenz ergänzt werden. Lernkompetenz als die Fähigkeit und der Wille zu lernen, weiterzulernen und neue Erkenntnisse zu gewinnen, muss möglichst früh vermittelt und gelebt werden.

Ziel ist es, den Menschen zu kontinuierlichem Lernen zu motivieren und zu befähigen - auch um sich beschleunigten Veränderungsanforderungen im Lebenslauf zu stellen und sie zu bewältigen.

Berufliche Bildung: Förderung von Lernkompetenz

In der beruflichen Bildung muss fachliches – insbesondere berufsspezifisches - Wissen und Können vermittelt werden. Darüber hinaus schafft sie den Raum für eigenverantwortliche organisierte Lernprozesse an den unterschiedlichen Lernorten. Selbstorganisiertes Lernen ist durch die Förderung von Lernmotivation und Lernkompetenz zu ergänzen und als fester Bestandteil in der Berufsausbildung zu verankern.

Bildungsmatrix					
BILDUNGSWERTE	FRÜHKINDL. BILDUNG	SCHULE	BERUFLICHE BILDUNG	HOCHSCHULE	WEITERBILDUNG
LEITSÄTZE					
GLEICHE CHANCEN IN DER BILDUNG	○	○	○	○	○
ENTWICKLUNG UND STÄRKUNG DER BERUFSFÄHIGKEIT	○	○	○	○	○
OFFENE ZUGÄNGE, DURCHLÄSSIGKEIT UND ERLEICHTERTE ÜBERGÄNGE	○	○	○	○	○
STÄRKUNG DER POLITISCHEN BILDUNG	○	○	○	○	○
FÖRDERUNG LEBENSNAHEN UND LEBENSLANGEN LERNENS	○	○	○	○	○
FÖRDERUNG VON LERNKOMPETENZ	○	○	●	○	○
SICHERUNG DER PARTIZIPATION UND MITBESTIMMUNG	○	○	○	○	○



Wesentliche Handlungsfelder

Lernkompetenz ausbauen und fördern

Die Förderung von Lernkompetenz ist für den Bereich der beruflichen Bildung von hoher Bedeutung. Berufliche Bildung mit ihren verschiedenen Lernorten bietet unterschiedliche Lernumgebungen, die zur Vermittlung von Lernkompetenz geeignet sind. Didaktisch aufeinander abgestimmte Konzepte aller Lernorte sind daher notwendig.

Bestehende Schwächen abbauen

In der beruflichen Bildung müssen bestehende Defizite in der Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz (soweit notwendig, auch der naturwissenschaftlichen Kompetenz) durch Berufsschule und Betrieb sowie durch ausbildungsbegleitende Maßnahmen abgebaut werden. Nur so können die jungen Menschen den Prozess des lebenslangen Lernens aktiv gestalten.

Umgang mit Informationstechnologien

Der Umgang und reflektierte Einsatz mit Informationstechnologien als Lernumgebung (Online-Nachschlagewerke, -kurse, Diskussionsforen usw.) muss Bestandteil in jedem Ausbildungsberuf sein.

Lernwege organisieren und dokumentieren

Lernkompetenz bedeutet auch, dass die Lernenden sich für lernförderliche Bedingungen einsetzen. Die Lernenden müssen zunehmend in die Lage versetzt werden, dass Lernen im Prozess der Arbeit nicht weiterhin dem Zufall zu überlassen ist, sondern bewusst organisiert wird und dass die Lernergebnisse dokumentiert werden müssen.

Ausbildungspersonal qualifizieren

Die Förderung von Lernkompetenz erfordert entsprechend qualifiziertes Ausbildungspersonal. Deren methodisch-didaktisches „Know-how“ muss regelmäßig reflektiert und durch eigene Weiterbildung aktualisiert werden.

Empfehlungen an die Politik

Neue Formen der Leistungsbewertungen

Zur Stärkung des eigenaktiven Lernens sind neue Formen der Leistungsbewertungen wie z. B. Portfolios zu nutzen, um den jungen Menschen differenzierte Rückmeldungen über ihren Stand des Lernens zu geben. Das Instrument „Portfolio“ darf dabei nicht zur Selektion oder Ausgrenzung beitragen, sondern bietet die Chance, geeignete Förderungsmöglichkeiten sichtbar zu machen.



Lernmotivation und Leistung fördern

Die Lernatmosphäre in den Ausbildungseinheiten (Unterricht, Einweisungen, etc.) sowie der Kommunikations- und Interaktionsstil in den Lerngruppen sind zentrale Rahmenbedingungen für Lernmotivation und Leistung. Deren aktive Förderung sollte zentrale Aufgabe von allen an der Vermittlung Beteiligten sein (z. B. durch ein Leitbild, Berufsschul- bzw. Ausbildungsprogramm).

Methodenvermittlung

An exemplarischen Inhalten sind Methoden zu vermitteln, wie das Lernen gelernt wird. Gleichzeitig werden Wissensgrundlagen angelegt, sich die Inhalte zu erschließen sowie Begründungen und Zusammenhänge herzustellen.

Pädagogische und qualitätsorientierte Konzepte anwenden

Lernkompetenz wird nicht erst in der beruflichen Bildung vermittelt. Um Defiziten möglichst früh zu begegnen, sind in den vorherigen Bildungseinrichtungen, insbesondere in der Schule, pädagogische und qualitätsorientierte Konzepte anzuwenden. Diese sollten nach dem neuesten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis ausgelegt sein und entsprechend evaluiert werden.

Handlungsebene der IG BCE

Die IG BCE und ihre Betriebsräte werden sich für den weiteren Ausbau von ausbildungsbegleitenden Maßnahmen einsetzen.

Die IG BCE setzt sich zusammen mit den Sozialpartnern weiterhin für die Förderung von Lernkompetenz ein (z. B. Ausbilderwettbewerb).

Gemeinsam mit den Betriebsräten setzt sich die IG BCE dafür ein, dass betriebliche Ausbildungsprojekte in enger Kooperation mit den Berufsschulen durchgeführt werden.

Gemeinsam mit den Betriebsräten sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen werden wir weiterhin Einfluss auf die Gestaltung der Berufsausbildung hinsichtlich der Förderung von Lernkompetenz nehmen. Hierbei wird der Fokus auf die Vermittlung von Praxis des selbstorganisierten Lernens in den eigenen Seminaren gerichtet.

Die IG BCE wird eine Klassen- und/oder Schulpartnerschaften für Lernen am Projekt anregen und an geeigneten Stellen unterstützen.



▶▶ Berufliche Bildung

Leitsatz: Sicherung der Partizipation und Mitbestimmung aller Beteiligten in der Bildung

Ein Bildungssystem ist erfolgreich, wenn alle einbezogen werden, die darin lernen und arbeiten.

Das ist durch entsprechende Formen und Wege der Beteiligung und Mitbestimmung zu gewährleisten.

Es geht dabei zum einen um die fachliche und demokratische Legitimation von Entscheidungsprozessen. Zum anderen sind ein hohes Maß an Selbstverantwortung und Identifikation der Handelnden mit „ihrer“ Bildung für einen größtmöglichen Erfolg unverzichtbar.

Berufliche Bildung: Partizipation und Mitbestimmung

Mit Beginn der beruflichen Ausbildung steigen junge Menschen in das Arbeitsleben ein. Ihre zukünftigen Perspektiven im Arbeitsleben werden durch die Phase der beruflichen Ausbildung stark geprägt.

Es ist vor diesem Hintergrund besonders wichtig, jungen Menschen in der Ausbildung Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte gesetzlich und in der Wirklichkeit zu gewähren.

Bildungsmatrix						
BILDUNGSWERTE						
LEITSÄTZE		FRÜHKINDL. BILDUNG	SCHULE	BERUFLICHE BILDUNG	HOCHSCHULE	WEITERBILDUNG
GLEICHE CHANCEN IN DER BILDUNG		<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ENTWICKLUNG UND STÄRKUNG DER BERUFSFÄHIGKEIT		<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
OFFENE ZUGÄNGE, DURCHLÄSSIGKEIT UND ERLEICHTERTE ÜBERGÄNGE		<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
STÄRKUNG DER POLITISCHEN BILDUNG		<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
FÖRDERUNG LEBENSNAHEN UND LEBENSLANGEN LERNENS		<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
FÖRDERUNG VON LERNKOMPETENZ		<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
SICHERUNG DER PARTIZIPATION UND MITBESTIMMUNG		<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



Wesentliche Handlungsfelder

Beteiligung der Auszubildenden

Beteiligung der Auszubildenden ist wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Gestaltung des Ausbildungsprozesses. Auszubildende müssen ein Lernumfeld vorfinden, in dem sie sich offen über ihre Schwächen und Defizite sowie ihre Neigungen mit anderen Auszubildenden und dem verantwortlichen Ausbilder austauschen können. Ihre Wünsche bei der Auswahl von Ausbildungsprojekten oder Wahlqualifikationen müssen Berücksichtigung finden.

Erleben und Gestalten von Mitbestimmung

Erleben und Gestalten von Mitbestimmung ist ein unverzichtbares Element in der Berufsausbildung. Die Betriebsverfassung ermöglicht das Wählen einer Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie eines Betriebsrates und sichert damit umfangreiche Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte zu.

Besondere Interessenvertretungen müssen auch in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen möglich sein, eine entsprechende Rechtsverordnung muss erlassen werden.

Empfehlungen an die Politik

Bildungsurlaub für alle Auszubildenden

In einigen Bildungsurlaubsgesetzen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Bundesländern (z. B. in NRW) sind Auszubildende von der Teilhabe an Bildungsmaßnahmen für politische Bildung ausgeschlossen [Dieser Link führt zu Kontaktadressen der einzelnen Bundesländern](#). Wir fordern entsprechende Änderungen der jeweiligen Gesetze.

Wahl einer besonderen Interessenvertretung

Besondere Interessenvertretungen (vergleichbar einer Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)) müssen auch in außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen, für Auszubildende, die nicht wahlberechtigt bei JAV- bzw. Betriebsratswahlen sind, ermöglicht werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, hier eine Rechtsverordnung nach § 52 BBiG zur Ermöglichung der Wahl einer besonderen Interessenvertretung in außerbetrieblichen Berufsbildungseinrichtungen zu erlassen.



Handlungsebene der IG BCE

In Seminaren für Ausbilder, JAVen und Betriebsräte stellen wir die Notwendigkeit von Beteiligung und Mitbestimmung dar. Hierzu werden geeignete Kooperationsmöglichkeiten zwischen betrieblichen Interessenvertretungen (JAV und BR) und Schülervertretung angestrebt.

Die IG BCE führt im Rahmen ihrer eigenen Bildungsprogramme zahlreiche Veranstaltungen und Projekte der politischen Bildung für Auszubildende, besonders für Mitglieder der JAV, durch.

Die IG BCE fördert beteiligungsorientierte Ausbildungskonzepte über die Betriebsräte, JAVen und gewerkschaftliche Ausbilderkreise.

Wir entwickeln gemeinsam mit Experten und Expertinnen Unterrichtsmaterialien zur praxisnahen Vermittlung von Mitbestimmungsthemen in der Berufsschule.

Die IG BCE ist bei der Neuordnung von Aus- und Fortbildungsberufen beteiligt. Neben fachlichen Qualifikationen, die für das Erreichen der beruflichen Handlungskompetenz notwendig sind, steht die IG BCE auch für die Vermittlung von sozialen Kompetenzen. Sie wird dieses Ziel bei der Gestaltung von Rechtsverordnungen weiterhin beachten. Dadurch wird auch die politische Bildung von jungen Menschen gestärkt.

Gewerkschaftliche Ausbilder-Arbeitskreise sind wichtige Einrichtungen, die gestärkt werden sollen. Gewerkschaftliche Ausbilder können maßgeblich auf die Stärkung von emanzipatorisch, politisch und demokratisch orientierten Ausbildungskonzepten Einfluss nehmen.

Die IG BCE wird weiter tarifvertragliche Möglichkeiten zur Sicherung der Wahl- und Arbeitsmöglichkeiten der JAV nutzen.

In Rahmen der Initiative „Ausbildung checken und verbessern“ wird die IG BCE- Jugend Einfluss auf Prozesse der politischen Bildung nehmen.